

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten
(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

Sie haben sich mit einem Anliegen an die Staatsangehörigkeitsbehörde des Landratsamtes Greiz gewendet. Um Ihr Anliegen/Ihren Antrag ordnungsgemäß bearbeiten zu können, erheben und speichern wir Daten zu Ihrer Person. Für diese Daten sind wir verantwortlich. Wir möchten Sie mit diesem Merkblatt gern darüber informieren, wie wir mit den Daten umgehen, die wir zu Ihrer Person erhoben haben.

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen
(Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verantwortlicher: Landratsamt Greiz
die Landrätin
Dr.-Rathenau-Platz 11
07973 Greiz

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Abteilung III
Amt Ordnungsamt/Staatsangehörigkeitsbehörde

Kontakt:

Telefon 03661/876 650
Fax 03661/876 222
E-Mail ordnungsamt@landkreis-greiz.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten
(Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Postanschrift:

Datenschutzbeauftragte/r Landratsamt Greiz
Dr.-Rathenau-Platz 11
07973 Greiz

Kontakt:

Telefon 03661/876 0
Fax 03661/876 222
E-Mail datenschutz@landkreis-greiz.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung
(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO)

- Beratung zur beabsichtigten Durchführung eines Staatsangehörigkeitsfeststellungsverfahrens
- Entgegennahme von Anträgen zur Feststellung des Bestehens bzw. Nichtbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit
- Bearbeitung und Entscheidung über Anträge auf Feststellung des Bestehens bzw. Nichtbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit
- Abhilfeprüfung im Widerspruchsverfahren gegen Entscheidungen zur Feststellung des Bestehens bzw. Nichtbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit
- Beteiligung im Klageverfahren gegen Entscheidungen zur Feststellung des Bestehens bzw. Nichtbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit
- Verarbeitung der Daten in hausinterner Statistik
- Verarbeitung der Daten im Rahmen von Aufsichts- oder Kontrollbefugnissen innerhalb der Behörde und durch Aufsichts- und Kontrollbehörden außerhalb des Landratsamtes Greiz
- Verarbeitung der Daten im Rahmen von Maßnahmen der Rechnungsprüfung

Verarbeitung der Daten im Rahmen der Durchführung von Organisationsuntersuchungen für das Landratsamt Greiz

Nutzung der Daten zur Prüfung und Wartung automatisierter Verfahren der Datenverarbeitung

Nutzung der Daten zu Ausbildungs- und Prüfungszwecken durch das Landratsamt Greiz

archivrechtliche Anbieterung nach Ablauf der festgelegten Aufbewahrungsfristen

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

§ 31 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) und § 33 Abs. 3 und Abs. 5 StAG, § 11 Thüringer Archivgesetz (ThürArchivG)

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

(Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

innerhalb des Verantwortlichen: **Ausländerbehörde**, soweit bereits eine Registrierung bei dieser Behörde vorhanden ist/war
Kreiskasse
Kreisarchiv

Auftragsverarbeiter: _____

Dritte (außerhalb des Verantwortlichen): **Standesämter** (Geburts-, Eheschließungs- oder Lebenspartnerschaftsstandesämter, Standesamt I Berlin)
Einwohnermeldeämter (der aktuellen und früheren Haupt- und Nebenwohnsitze)
Archive mit standesamtlichen bzw. melderechtlichen Unterlagen
andere **Staatsangehörigkeitsbehörden**, soweit bereits für Sie bzw. einen Vorfahren/Abkömmling ein Staatsangehörigkeitsfeststellungsverfahren durchgeführt wurde
Ausländerbehörde (wenn aufenthaltsrechtlich erfasste Vorfahren/Abkömmlinge außerhalb des Landkreises Greiz leben/lebten)
Bundesarchiv
Bundesverwaltungsamt (EStA-Register und staatsangehörigkeitsrechtliches Archiv)
Deutsche Auslandsvertretungen (wenn Sie bzw. ein Vorfahre/Abkömmling im Ausland leben/lebten)
Ausländische Auslandsvertretungen in Deutschland (wenn Sie bzw. ein Vorfahre/Abkömmling im Ausland leben/lebten bzw. die Staatsangehörigkeit eines ausländischen Staates besitzen/besaßen)
Thüringer Landesverwaltungsamt (Referat 200) (zur Klärung schwieriger Rechtsfragen)

6. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von:

1 Jahr	-	alle Aufzeichnungen zu Beratungsgesprächen, soweit später kein Antrag auf Feststellung des Bestehens bzw. Nichtbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit gestellt wurde; bei Abgabe der Antragsunterlagen an eine andere Behörde (z.B. wegen Wechsel der Zuständigkeit)
5 Jahre	-	bei Rücknahme des Antrages durch den Antragsteller
50 Jahren	-	bei förmlicher Feststellung des Bestehens bzw. Nichtbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit

dauerhaft - bei förmlicher Feststellung des Bestehens bzw. Nichtbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit werden die Daten, die nach § 33 Abs. 1 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) an das Staatsangehörigkeitsregister zu übermitteln sind, dort dauerhaft gespeichert

7. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DS-GVO).

8. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

(Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

9. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

(Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist

gesetzlich vorgeschrieben vertraglich vorgeschrieben für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Sie sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen: ja nein

Die Folgen Ihrer Nichtbereitstellung sind:

Ablehnung Ihres Antrages auf Feststellung des Bestehens bzw. Nichtbestehens der deutschen Staatsangehörigkeit.

10. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß

Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO: ja nein

11. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck
(Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden ja nein